Bezugspreis: Wöchentlich in Neuenbürg 100 Milliard. Durch die Post in Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländ. Verkehr 500 Mill. Mk. mit Postbestellgebühr. Preise freibleibend, Nachforderung vorbehalten. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Postkonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile od. deren Raum im Bezirk 15, außerh. 18 Goldpfennig, mit Inf.-Steuer. Kollekt.-anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 20 Mill. ℳ. Rekl.-Zeile 35 Goldpfennig.

Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.

Bei Tarifverhandlungen treten sofort alle früher. Vereinbarungen außer Kraft.

Fernsprecher Nr. 4.

Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 280. | Neuenbürg, Donnerstag, den 29. November 1923. | 81. Jahrgang.

Fort mit dem Krankenkassenzwang!

Wir entnehmen nachstehenden zeitgemäßen Artikel einer Berliner Zeitung, ohne zunächst dazu Stellung zu nehmen. Auffallend daran ist, daß er sich dem Sinne nach mit dem zweiten Artikel aus Stuttgart deckt, ein Beweis, daß die Verhältnisse im Süden sowohl wie im Norden anscheinend dieselben sind. Entbehren beide Artikel nicht eines gewissen politischen Beigeschmacks (der eine ist einer rechtsstehenden, der zweite einer Zentrumszeitung in Süddeutschland entnommen), so wird man an den sowohl für Versicherte, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wie Aerzten und Apothekern bedauerlichen Tatsachen nicht vorbeikommen.

Ueber ein Jahr dauert nun schon der Kampf gegen die Krankenkassen. In ganz berechtigter Verärgerung haben sich solch lange bewiesener Geduld Aerzte und Apotheker von den Krankenkassen abgewandt, nur die, die am schwersten unter dieser ursprünglich wohlgemeinten Zwangseinrichtung zu leiden haben, sie tragen nach wie vor geduldig das Joch.

Anstimmen sind es inzwischen geworden, die allmonatlich Angestellte und Arbeitern für die Krankenkassen abgezogen werden, ein größerer Anteil, als selbst die Steuern ausmachen, geht allmonatlich dem Arbeitnehmer verloren. Denn was ist die Gegenleistung der Krankenkassen? Monat für Monat ist diese höher in demselben Maße, wie die Beiträge wuchsen, herabgesetzt worden. Zug um Zug wird das Krankengeld gekürzt, alle Aufwendungen für Medizin stückweise geschmälert. Kein Apotheker verabreicht mehr Kassenmedizin. In bar muß das Kassenmitglied aus eigener Tasche das bezahlen, was die von ihm entgeltene Kasse sich zu zahlen weigert.

Den Aerzten endlich, zu denen das Kassenmitglied bisher noch stets das meiste Vertrauen hatte, ist jetzt durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministeriums die Arbeit für die Kassen vollends vergällt worden. Schon immer haben die Kassen den Aerzten nur eine Hungerentlohnung gewährt, jetzt aber hat man sie vollends mit Machtmitteln des Ausnahmegesetzes zu Leibeigenen der roten Kassenverwaltungen gemacht. Daß sich das die von der Verordnung völlig überrumpelte Aerzteschaft nicht ohne weiteres bieten lassen will, dafür war eine gestern im Langenbeck-Virchow-Haus stattgehabte Protestversammlung des Berlin-Berliner Aerzte-Bundes Beweis genug.

Die am 30. Oktober im „Reichsanzeiger" veröffentlichte Verordnung über die Krankenhilfe bei den Krankenkassen" gibt die Aerzte vollständig den Kassen in die Hand. Ein Arzt, der die Versorgung und Behandlung des Patienten gründlicher vornimmt als es die Kassen in ihrer schematischen Wirtschaftsweise meistenteils wollen, kann nach dieser Verordnung ohne weiteres vom Kassenvorstand von weiterer Tätigkeit ausgeschlossen werden. Schon haben die Kassen die Verabreichung wichtiger Medikamente untersagt. Weiter drängen sie immer mehr dahin, die pflichtgemäße Sachleistung durch eine windige Geldentschädigung abzulösen. Die bewährte freie Aerztewahl wird durch Bezirkseinteilungen mit Bilichtärzten sabotiert. Das gewähren denn die Kassen nun überhaupt noch ihren Mitgliedern für die hohen Beiträge?

Darauf ist am besten mit einem eigenen Erlebnis zu antworten. Man kann jahrelang treu und brav Monat um Monat seinen Beitrag bezahlt haben — ohne irgend eine Leistung beansprucht zu haben. Unzähligen, ja den meisten geht es so. Endlich aber wird doch einmal eine Zahnbehandlung notwendig. Nach 5 Jahren Beitragsleistung die erste Forderung auf Gegenleistung.

Durch ewiges Anstehen am Kassenschalter erlangt man die Anweisung zur Zahnbehandlung im eigenen Institut der Kasse. Schon im Wartezimmer, gefüllt mit ungeduldig Harrenden, bemerkt man, wer hier das Zepter führt. 2 jüdische Chefärzte und 4 jüdische Gehilfen. Nur die Assistentinnen sind christlich. Einen Zahn zieht die jüdische Gehilfin. Sie macht es geschickt und sachgemäß, doch als es an das Plombieren geht, da erfährt man die ganze Niedertracht der Kassenarbeit. Freilich in einem Protokoll über die Jahresarbeit, da war es anders zu lesen, was das eigene Zahninstitut leistet. Also, die Plombe saß zwar direkt im Zahn, aber die Tötung des Nerves war so oberflächlich gemacht worden, daß bald auftretender Schmerz die ganze Operation untauglich machte.

5 Jahre Beitragsleistung ohne jede Gegenleistung, und dann nicht einmal eine ausreichende Zahnbehandlung.

Dieselben Erfahrungen haben viele, viele Zwangsversicherte gemacht. Sie haben endgültig von dieser Art Krankenversicherung genug. Sie sind es satt, Brotherren von Einrichtungen zu sein, die nur als sozialistische Futterkrippen ihren Daseinszweck haben. Denn selbstverständlich sind aus dieser Betrachtung die vielen guten Ersatzkassen auszuschließen. Bei diesen würden die meisten wohl auch als freiwillige Mitglieder verbleiben.

Dagegen ist für alle freigewerkschaftlichen Kassen die Großberliner Allgemeine Ortskrankenkasse ein bezeichnendes Beispiel. Ein Herr Cohn ist ihr Vorsitzender. Ein Heer von Beamten beschäftigt diese Kasse; ihre Leistung ist bis auf Null zurückgegangen. Dagegen wuchsen die von ihr geforderten Beiträge zu Ungemessene. Aus ihrer parteipolitischen Tendenz macht diese Kasse kein Hehl. Will sie doch z. B. dadurch, daß sie nur im „Vorwärts" als einzigem größeren Blatt ihre Beitragstarife durch teuer bezahlte Anzeigen veröffentlicht, die Arbeitgeber ihrer Mitglieder dazu erziehen, dieses Blatt ständig zu halten.

Die ganze Einrichtung des Krankenkassenwesens ist faul bis ins Mark. Ihre gesetzliche Stützung ist einfach nicht mehr zu halten. **Längst treffen die Voraussetzungen, die bei Begründung der Kasse maßgebend waren, nicht mehr zu.** Der Angestellte und Arbeiter wird die Kosten für Erkrankungen ganz ebenso ersparen können, wie er das für andere vielleicht noch einschneidendere Lebenserfordernisse tun muß. Daß im übrigen Kassenunterstützung bei Arbeitsunfähigkeit zum Lebensunterhalt nicht mehr ausreichend ist, **hat die Erfahrung gelehrt.**

Vom Staat ist es darum zu fordern, daß **der Zwang der Krankenversicherung aufgehoben wird.** Jeder Arbeitnehmer braucht jetzt das sauer verdiente Einkommen zu eigenem Bestand. Er kann nicht noch Mäcen sozialdemokratischer Zukunftsstaatsheime sein. Als etwas anderes sind die Kassen nicht anzusprechen. --l.

Krankenkassen, Aerzte und Apotheker.

Stuttgart, 25. Nov. (Mißstände.) Es ist eine längst bekannte Tatsache, daß die Ortskrankenkassen in der letzten Zeit trotz der ständig erhöhten Beiträge ihre Leistungen mehr und mehr einschränken, so daß die Versicherten schon seit Wochen vielfach Zuschläge zu den Behandlungskosten zu zahlen haben. Hinzu kommt, daß durch den gegenwärtigen vertragslosen Zustand die Versicherten sämtliche Arzt- und Apothekerkosten allein zu tragen haben, obwohl die Beiträge an die Krankenkasse weiter zu entrichten sind. Weshalb die Ortskrankenkassen von Tag zu Tag leistungsschwächer wird, geht klar und deutlich aus Folgendem hervor:

Einnahmen:	Ausgaben:
5.—10. November Beiträge 2000 Billionen Mark.	5.—10. November Gehälter 1500 Billionen Mark. Aerzte, Apotheker, Heilverfahren, Krankengelder 500 Billionen Mark.

Die Stuttgarter Ortskrankenkassen haben in der Zeit vom 5. bis 10. November etwa 2000 Billionen an Beiträgen usw. eingenommen. In der gleichen Zeit haben sie an Verwaltungskosten (Gehälter an Angestellte) ausgegeben 1500 Billionen, also 75 v. H. Die übrigen 25 v. H. standen zur Verfügung für Aerzte, Apotheker, Heilverfahren, Hospitäler, Krankengelder an die Versicherten. Hat ein solches Institut noch Anspruch auf Existenzberechtigung? Demnach sind die Krankenkassen in der Praxis hauptsächlich dazu da, den Kassenangestellten die Gehälter zu sichern. Aerzte, Apotheker und namentlich die Kranken haben das Nachsehen. Weil aber viele sozialdemokratische Agitatoren bei den Krankenkassen Pöstchen haben, sind die Krankenkassen — nach sozialdemokratischer Auffassung heute noch — wahre Wohlfahrtseinrichtungen.

Deutschland.

München, 28. Nov. Nach mehrwöchentlichem Erscheinungsverbot ist die „Münchener Post" wieder herausgekommen. Das Blatt behauptet, daß während der Hitlernacht vom 8. zum 9. November von den Hitlerleuten etwa 50 000 Billionen Mark beiseite geschafft worden wären. Das Geld haben die Hitlerleute aus den zwei Druckereien, die die Staatsbanknotenscheine zu drucken hatten, in der Nacht gewaltsam herausgeholt.

Berlin, 27. Nov. In Berlin findet gegenwärtig eine Konferenz zwischen Reich und Ländern statt, zu der die Finanzminister der Länder geladen sind. Auch der bayerische Finanzminister nimmt an dieser Konferenz teil. — Der Herbstbußtag, der von der sozialistischen Regierung in Thüringen als gesetzlicher Feiertag aufgehoben worden ist, wurde gleichwohl von der Bevölkerung allgemein begangen. Die Geschäfte hatten sämtlich geschlossen. — Die Bauernschaft des Bezirks Weimar hat darum gebeten, daß in Weimar ständig Reichswehr in Garnison gelegt werde, da sie fast bei den täglichen Ueberfällen und Raubereien ihre Betriebe nicht aufrechterhalten können.

Ein Polizeibeamter von Kommunisten erschossen.

Stuttgart, 28. Nov. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Gestern abend entdeckte eine Streife der Fahndungsabteilung 2 des Polizeipräsidiums, die sich auf der Suche nach einem Verbrecher befand, in einer Wirtschaft am Leonhardsplatz eine geheime kommunistische Versammlung. Dabei wurde ein Zettel vorgefunden, der auf das Haus Rotenbergstraße 112 in Ostheim verwies und besagte, daß dort unter einem bestimmten Stichwort Kommunisten anzutreffen seien. Noch im Verlaufe des gestrigen Abends wurde der Oberwachtmeister Tschirsch mit einem weiteren Beamten und einem Schutzmann nach der Rotenbergstraße 112 entsandt. Er fand Einlaß und wurde nach dem Hause Alfredstraße 7 in Ostheim verwiesen. Als Führer dorthin wurde ihm der 12jährige, der kommunistischen Jugend angehörige Sohn der Familie mitgegeben. In dem erwähnten Hause der Alfredstraße trafen Oberwachtmeister Tschirsch und der andere Kriminalbeamte tatsächlich 10 Kommunisten an. Tschirsch suchte diese geheime Versammlung mit vorgehaltenem Revolver in Schach zu halten und sandte den anderen Beamten nach der nahe gelegenen Polizeiwache am Ostendplatz, um Verstärkungen zu holen. Als die Beamten kamen, fanden sie den Oberwachtmeister Tschirsch innerhalb der Haustüre tot vor. Er hatte eine durchschossene Brust. Die Kommunisten waren durch das Fenster entflohen. Die Ein- und Ausschußlöcher der Tür in dem betreffenden Zimmer ließen erkennen, daß ein Feuergefecht durch die Tür stattgefunden hatte. Oberwachtmeister Tschirsch hatte sämtliche Munition seines Revolvers verschossen. Nach den Tätern wird gefahndet. Bis jetzt sind mehrere Festnahmen erfolgt.

Bayern fordert seine Währungsbank.

München, 28. Nov. Der Beamtenpolitiker der Bayerischen Volkspartei, Abgeordneter Rothmeier, greift im „Bayerischen Kurier" in denkbar schärfster Weise die Münchener Stelle der Reichsbank an und belegt seinen Angriff mit wörtlichen Zitaten der Beamten der Münchener Reichsbankfiliale. Im Anschluß daran fordert der Abgeordnete: „Die Monopolstellung der Reichsbank müsse gebrochen werden. Bayern kann sich insbesondere auch bei Regelung der Währung nicht immer ausschalten lassen, denn es handelt sich um ganz große bayerische Vermögensbestandteile, die zum Teil schon vergeudet wurden. Andere Teile sind in Gefahr. Die Errichtung einer eigenen bayerischen Währungsbank im Rahmen der Währungshoheit des Reiches zählt mit zu den wichtigsten Forderungen, die verwirklicht werden müssen, wenn Bayern und das Reich wieder gesunden wollen."

Beschleunigte Justiz gegen die Münchener Putschisten.

München, 28. Nov. Für die Münchener Putschtage hatten die verantwortlichen Stellen eine Reihe von Landespolizeikontingenten aus den verschiedenen Städten Bayerns nach München zusammengezogen. Da die maßgebenden Stellen nunmehr der Ansicht sind, daß die vollkommene Ruhe wiederhergestellt ist, haben gestern die außermünchener Landespolizeikontingente die Landeshauptstadt verlassen und sind in ihre Standquartiere eingerückt. Was die beim Münchener Volksgericht anhängigen Landesverratsprozesse wegen der Putschversuche anbelangt, so erfahren wir, daß die in Betracht kommenden Stellen angehalten sind, das Material schleunigst und dringend zu behandeln, so daß mit einer baldigen Ansetzung der Termine gerechnet werden kann. Es ist nicht ausgeschlossen, daß noch vor Weihnachten auch die Prozesse wegen der Putschnacht in München ihre Erledigung finden. — Von anderer Seite wird uns gemeldet: Hitler ist nicht, wie in den letzten Tagen gemeldet worden war, in eine Irrenanstalt zur Beobachtung seines Geisteszustandes gebracht worden, wohl aber hat er einen Hungerstreik inszeniert.

Die Jugendverbände gegen die deutsche Selbstzerfleischung.

Soeben erläßt der Ausschuß der Deutschen Jugendverbände einen von Jugendbünden aller Richtungen, sozialistischen und deutschnationalen, evangelischen und katholischen, Wandervogel- und freideutschen Jugendscharen unterzeichneten Aufruf, in dem es heißt: „Mit tiefem Schmerz sehen wir, wie in diesen Tagen von Deutschlands größter Not der Giftdunst des Zwiespalts über die deutschen Lande geht. Wir lassen uns nicht auseinanderreißen! Ihr, in deren Hände unser Volk Deutschlands Geschick gelegt hat, hinterlaßt es euren Söhnen und Töchtern nicht verstimmelt nach außen und zwieträchtig nach innen! Wenn alle Opfer bringen, sind auch die künftigen Lasten und Leiden keinem einzelnen zu schwer. Wir Vertreter der deutschen Jugend, die seit Jahren trotz aller Verschiedenheiten der Weltanschauungen und Bestrebungen in gemeinsamer Arbeit uns zusammengeschlossen haben, fordern, daß Parteien und Stämme Deutschlands sich dem höchsten Ziel unterordnen: Deutschlands Gesundung, Einheit und Freiheit. Die deutsche Jugend ist bereit, für dieses Ziel auch das letzte Opfer zu bringen.

Stresemann Außenminister?

Berlin, 28. Nov. In parlamentarischen Kreisen verlautet zuverlässig, daß Dr. Stresemann von Freunden Stegerwalds gebeten worden ist, in einem Ministerium Stegerwald das Außenministerium zu übernehmen. Er hat sich auch auf langes Drängen unter der Voraussetzung dazu bereit erklärt, daß sämtliche an der Koalition beteiligten bürgerlichen Parteien, also die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft einschließlich der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei, und die Deutschnationalen ihm den Wunsch übermitteln, daß er die Führung des Außenministeriums übernehmen möchte. Auch hierüber haben sich die Deutschnationalen die Entscheidung vorbehalten. Sie ist baldigst zu erwarten. Schon jetzt kann gesagt werden, daß in deutschnationalen Kreisen zum Ausdruck kam, daß man im wesentlichen nur die Innenpolitik Dr. Stresemanns bekämpft habe. Es ist damit zu rechnen, daß der Reichspräsident Ebert die Fraktionsführer heute empfängt und daß eine Betrauung Stegerwalds, wenn nicht neue Schwierigkeiten entstehen, in die Wege geleitet wird.

Die zweite Devisenabgabe.

Die ursprünglich auf der Brotabgabe aufgebaute zweite Devisenabgabe soll nun nach Berliner Blättermeldungen auf Grund der am 15. Dezember fälligen zweiten Rate der Rhein-Ruhrabgabe zur Erhebung gelangen. Diese Rate soll nicht in Mark, sondern in Devisen zahlbar gemacht werden. Ein entsprechender Antrag ist von dem alten Kabinett zunächst dem Reichswirtschaftsrat zugeleitet. Ob sich das neue Kabinett diesen Antrag zu eigen machen wird und wie sich der Wirtschaftsrat dazu stellt, bleibt abzuwarten. Vermutlich würde die Durchführung in der neuen Form eine wesentliche Erleichterung für die Zensiten darstellen, da auf diese Weise mit der Abgabe eine ohnehin bestehende Steuerverpflichtung abgegolten werden könnte. Zur Devisenabgabe verpflichtet wären demnach die aus der Einkommensteuer und der Körperschaftssteuer, nicht die aus der (einmaligen) Kraftfahrzeugsteuer zur Ruhrabgabe Verpflichteten. Die der Betriebssteuer unterliegenden Pflichtigen würden nicht besonders herangezogen. Wie sich der Ertrag der Devisenabgabe im Falle dieser gänzlich modifizierten Durchführung stellen würde, läßt sich schwer schätzen.

Ueber die Ausgabe der Rentenmark

berichtet die „D. Allg. Ztg.", daß der Umtausch von Papiermark in Rentenmark an den Kassen der Rentenbank in Berlin bereits in großem Maßstabe erfolgt. Die Papierbeträge werden an einem Tage eingereicht und am nächsten Tage gelangen die Rentenmark zur Auszahlung. Außerdem erfolgt die Auszahlung von Rentenmark gegen weiße Reichsbankschecks. Auch die Reichsbankstellen außerhalb Berlins sind mit Rentenmark hinlänglich versorgt. Sobald die Diskontierung von Wechseln gegen Rentenmark seitens der Reichsbank eingesetzt haben wird, wird die Rentenmark in ganz großen Massen in den Verkehr strömen. Daneben laufen die Auszahlungen des Reiches aus den dem Reich bewilligten Rentenmarkkrediten. Es handelt sich demnach um Uebergangsschwierigkeiten, die überhaupt auf keine Weise zu vermeiden waren und die in ganz kurzer Zeit behoben sein dürften. (Die Berliner Vertröstungsmanöver wachsen uns Süddeutschen nachgerade zum Halse heraus; damit ist uns nicht geholfen, man lasse den leeren Versprechungen endlich einmal Taten folgen, sonst geht das bißchen Vertrauen in Berlin vollends in die Brüche. Nicht nur der jederzeit bevorzugte Norden (lies Berlin), auch der stets stiefmütterlich behandelte Süden möchte jetzt an die Reihe kommen. Schriftl.)

Bolschewikenfeste und Kommunistenaufstände.

Jedesmal wenn ein kommunistischer Putsch angekündigt oder beabsichtigt ist, veranstalten die Herrschaften, die in der

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Berliner Sowjetbotschaft residieren, ein rauschendes Fest. So war es auch am Dienstag, wo, während die russischen Bolschewiken zum Teil auch den Hunger und die Verzweiflung benutzten, um zu Straßenkämpfen aufzuhetzen, die sogenannte russische Botschaft auf ½9 Uhr zu einem Tee geladen hatte. Das Skandalöse ist nur, daß sich regelmäßig deutsche Würdenträger in großer Zahl, und zwar auch solche, die durchaus nicht zu den Novemberkarrieristen zählen, zu diesen Festen sich drängen.

Ausland.

Der spanische Mussolini.

Aus Rom wird gemeldet: Nach seiner Ankunft in Rom stellte der König von Spanien den Ministerpräsidenten Primo de Rivera dem italienischen König mit den Worten vor: „Mein Mussolini".

Das gefährliche Deutschland.

Poincare sagte am 23. November in der französischen Kammer: „Ich habe den Mut, zu erklären, daß Deutschland den Krieg vorbereitet." — Jawohl, es gehört ein gewisser Mut zu dieser Behauptung, wie folgender Vergleich der Heeresstärken von 1923 zeigt: Frankreich 832 000 Mann, Polen 350 000, Tschechien 200 000, Jugoslavien 176 000, Belgien 120 000, Deutschland 100 000 Mann.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 27. Nov. Die Handwerkskammer Reutlingen macht darauf aufmerksam, daß die Handwerker ihren vierwöchentlichen Bedarf an Notgeld zur Auszahlung von Löhnen und Gehältern bei der Handwerkskammer Reutlingen anmelden können. Das Geld für einen Wochenbedarf ist sofort einzuzahlen und zwar in der Weise, daß die örtliche Gewerbebank für Rechnung der Handwerkskammer Reutlingen sofort der in Betracht kommenden Reichsbanknebenstelle (Reutlingen, Rottweil, Schwenningen, Tuttlingen) Anweisung zur Ueberweisung auf das Konto des Städtetages erteilen kann. Die Unkosten des Städtetags für Druck usw. werden in Abzug gebracht. Das Notgeld, sofern solches nicht selbst abgeholt wird, wird von der Kammer zugesandt. Die Bestellung kann sofort, jedoch längstens bis 1. Dezember vormittags bei der Handwerkskammer erfolgen. Zweckmäßig wird es sein, wenn die Handwerker eines Berufes auf einer Liste die Bestellung aufgeben und dann angeben, wieviele Hilfskräfte beschäftigt werden und in welcher Weise und durch wen die Geldzahlung getätigt wurde. Darauf muß Bedacht genommen werden, daß die Reichsbanknebenstelle raschestens über das Geld verfügen kann, damit nicht große Kursverluste eintreten. Die Unkosten berechnet der Städtetag von dem gesamten Betrag des angeforderten Notgeldes, ohne Rücksicht darauf, ob Repartierungen erfolgen.

× **Birkenfeld**, 27. Nov. Der Obst- und Gartenbauverein ließ Einladung ergehen an die hiesige Einwohnerschaft zu einem Vortrag, den gestern abend Obstbauinspektor Hiller im unteren Rathaussaal hielt über Obstbau. In eingehender Weise behandelte er die Baumpflege, die Düngung der Obstbäume und die Sortenwahl. Will der rechte Obstbaumzüchter seine Bestände auf der Höhe der Zeit erhalten, so muß er immer wieder Neupflanzungen vornehmen. Dies ist freilich in der Jetztzeit nicht vielen möglich, weil es ihnen an den nötigen Grundstücken fehlt und weil es heutzutage kaum möglich ist, neue Grundstücke zu erwerben. Dagegen muß er unbedingt für den nötigen Ersatz abgängiger Bäume sorgen und von Zeit zu Zeit Ergänzungspflanzungen vornehmen. Soll die Obstbaumzucht einen entsprechenden Nutzen abwerfen, so ist eine gute Pflege der Anlage unbedingt notwendig. Vor allem ist es die Bodenbearbeitung, die in erster Linie in Frage kommt. Durch sie wird dem Baum Feuchtigkeit und Luft zugeführt, denn die Wurzeln nehmen nicht bloß Wasser auf, sondern sie brauchen auch Luft, sie atmen wie die Blätter. Können die Wurzeln die Bestandteile nicht erhalten oder nicht in genügender Menge, so stellen sich die üblen Folgen ein: Krebs, welke Blätter, geringer Ertrag. Die für die Bodenbearbeitung (Umgrabung) nötige Baumscheiben dürfen nicht zu klein sein, mindestens sollen sie 1,5—2 Meter betragen. Ebenso wichtig wie die Bodenbearbeitung ist die Stammpflege. Die Obstbäume werden oft durch Moos, Flechten, Pilze, Misteln und andere Schmarotzer in ihrer Entwicklung sehr gehemmt, da dieselben auf Kosten des Baumes wachsen, den Zutritt von Licht, Luft und Feuchtigkeit hindern und vielen schädlichen Insekten zum Aufenthalt dienen; dasselbe ist der Fall bei allen abgestorbenen Rindenteilen. Sind diese Uebel vorhanden, so wird das Gröbste im Winter oder Frühjahr bei feuchter Witterung durch eiserne Mooskratzen, Drahtbürsten usw. entfernt; dabei darf der Bast nicht verletzt werden. Im allgemeinen genügt es, den Baum alle paar Jahre mit einem ziemlich dicken Brei aus frischgelöschtem Kalk, dem als Bindemittel Lehm, strohfreier Kuhmist und Obstbaumkarbolineum beigemischt ist, zu bestreichen, um ihn größtenteils von diesen Schmarotzern zu schützen. Das Ankalken schützt den Baum auch vor Frostgefahr, da bekanntlich die weiße Farbe die Sonnenstrahlen zurückwirft und nicht zu sehr von den im Frühjahr manchmal schon kräftigen Wärmestrahlen der Sonne ungünstig beeinflußt wird. Der Anstrich bringt aber nicht bloß schädliche Pflanzenteile und Pilze, sondern auch Insekten und deren Eier und Puppen, besonders auch die des Apfelwicklers und Borkenkäfers, zum Absterben, macht die Rinde glatt und steigert ihre Safttätigkeit. Mit der Kronenpflege muß schon beim jungen Baum angefangen werden. Die junge Obstkrone darf nicht zu dicht sein. Sie darf höchstens aus 4—5 nach allen Seiten gleichmäßig verteilten, womöglich einjährigen Seitenästen gebildet sein. Auch die nächsten Astserien sollten nicht aus weiteren Aesten bestehen, sonst wird der Baum zu dicht und das Eindringen von Luft und Licht wird verhindert. Der Zwischenraum zwischen den einzelnen Astserien sollte mindestens 80 Zentimeter betragen. Bei der Behandlung der Düngung stellt der Redner den Grundsatz auf: Wo nichts ist, kann nichts heraus kommen. Für alle Obstbäume ist es ebenso notwendig, wie für andere Kulturpflanzen, daß sie von Zeit zu Zeit gedüngt werden. Auf geringeren Böden, nach reichen Obstjahren, auf ausgetragenen Gütern, welche schon lange dem Obstbau dienen, muß besonders stark gedüngt werden. Die Obstbäume sind für Düngung außerordentlich dankbar und in Gegenden mit intensivem Obstbau hat man schon längst die Erfahrung gemacht, daß durch die Düngung das Wachstum und der Fruchtansatz des Baumes befördert, sowie die Qualität des Obstes bedeutend verbessert werden kann. Am geeignetsten ist die Verwendung von Stallmist, weil er sämtliche Düngerstoffe (Stickstoff, Phosphorsäure, Kali und Kalk) enthält. Auch Jauche und Abtrittdünger können empfohlen werden. Jauche ist ein vorzüglicher Stickstoffdünger. Soll die Düngung von guter Wirksamkeit sein, so muß sie an die richtige Stelle gegeben werden. Man dünge nicht unmittelbar am Stamm, sondern mindestens ½—1 Meter entfernt, je nach dem Umfang der Baumkrone; denn so weit diese reicht, erstrecken sich auch beinahe die Wurzeln, und die Düngung muß da erfolgen, wo sich die Saug- oder Faserwurzeln befinden, welche allein imstande sind, die Nahrung aufzunehmen. Es empfiehlt sich demnach, unter der Kronentraufe spatenstichtiefe und -breite ringförmige Gräben zu ziehen und in dieselben den Dünger zu bringen, oder es können auch in regelmäßigen Baumanlagen tiefe Furchen mit dem Pflug gestürzt werden. In diese Gräben, Löcher, Furchen usw. läßt man die Gülle springen. Nachher können die Furchen wieder geschlossen werden. Stehen diese natürlichen Düngearten nicht zur Verfügung, so können auch Kunstdünger angewendet werden, und zwar wird schwefelsaurer Ammoniak im Frühjahr, Phosphorsäure (Thomasmehl) im Herbst gereicht, dabei ist zu beachten, daß auf 1 Quadratmeter etwa 10 Gramm Stickstoff, 5 Gramm Phosphorsäure, 15 Gramm Kali und 20 Gramm Kalk kommen. Von der richtigen Auswahl der Obstsorten hängt zum größten Teil die Rentabilität des Obstbaues ab; sie ist nicht weniger wichtig, als die des Saatguts bei den landwirtschaftlichen Gewächsen. Bei der Auswahl der Obstsorten hat man sich vor allem zu richten nach klimatischen Verhältnissen, nach der Lage und dem Boden, dann aber auch nach Zweck, Art und Zeit der Verwendung und Verwertung des Obstes. Der interessante Vortrag erntete reichen Beifall. Der Vorstand des Obstbauvereins, Gärtner Rau, dankte dem Redner und schloß die Versammlung. Heute vormittag fand sodann noch unter Führung von Obstbauinspektor Hiller ein Felderumgang mit praktischen Anweisungen statt, dem sich eine stattliche Anzahl Interessenten anschloß.

Württemberg.

Stuttgart, 28. Nov. (Der verliebte Deutschamerikaner). Ein fideles Leben führte hier mit Hilfe seiner Dollarnoten ein schon ziemlich bejahrter Deutschamerikaner, der vor einem halben Jahr in die alte Heimat zurückgekehrt war, die er bereits im Alter von 5 Jahren verlassen hatte. Der alte Knabe unterhielt auch mehrere Liebschaften. Mit einer seiner Verhältnisse, einer 35jährigen, in einem hiesigen Restaurant tätigen Kellnerin, verlobte er sich und gab ihr Verfügungsgewalt über seine Barmittel. Der Eheschließung und späteren Uebersiedlung nach Amerika stellten sich zunächst unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. So gingen die beiden auf Reisen. Weil der Amerikaner seine Huld aber auch anderen Schwarzwaldmädchen schenkte, kam es zu Unstimmigkeiten, die ein böses Ende nahmen. Die Kellnerin hatte einmal von den ihr zur Verfügung überlassenen Dollarnoten 120 an sich genommen, dieselben aber auf Verlangen wieder zurückgegeben. Ein zweites Mal entnahm sie 50 Dollar und eine Milliarde Papiermark. Aus Anlaß dieser Entnahme verschärften sich die Zwistigkeiten zwischen beiden. Der alte Knabe bezichtigte seine Braut des Diebstahls und erstattete Anzeige. In der Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht verteidigte sich die Angeklagte mit der ihr erteilten Verfügungsgewalt; sie sei regelrecht mit dem Amerikaner verlobt gewesen. Die Zeugenvernehmung des nur gebrochen deutsch sprechenden Bräutigams kostete den Gerichtsvorsitzenden ziemlich Mühe. Als dieser ihm klarlegte, er brauche als Verlobter keine Aussagen zu machen, war er damit einverstanden. Bei dieser Situation war dem Amtsanwalt die Stellung eines Strafantrags unmöglich. Das Urteil lautete daher auf Freispruch. Vergnügt verließ das schnell versöhnte Brautpaar den Gerichtssaal.

Kirchentellinsfurt, 28. Nov. Dieser Tage wurde ein hier wohnhafter Student auf dem Heimweg von Tübingen am „Sträßle bei den alten Weinbergen" von zwei Rowdies überfallen mit der Drohung „Geld oder das Leben!" Des einen Angreifers entledigte sich der Ueberfallene dadurch, daß er ihm mit seinem Spazierstock, der dabei in Stücke ging, einen solchen Schlag versetzte, daß er zusammenbrach. Daraufhin stürzte der zweite Genosse auf den Studenten los und brachte ihm einige Messerstiche bei. Durch die Flucht konnte er sich weiteren Stichen entziehen.

Kirchentellinsfurt, 23. Nov. (Aufgeklärte Todesursache.) In dem mysteriösen Vorfall betr. das schnelle Ableben der Ehefrau des Buchbinders R. ist insofern eine Aufklärung herbeigeführt worden, als der inhaftierte Ehemann ein Geständnis abgelegt hat. Es dürfte sich um Abtreibungsversuche handeln.

Mähringen, OA. Tübingen, 29. Nov. (Hammeldiebe.) Im Pferch des Ochsenwirts Nagel von Immenhausen wurden 4 Hämmel totgeschlagen. Als die Täter die Tiere wegschaffen wollten, kam der Schafknecht hinzu und verjagte sie. Außerdem wurden Nagel aus einem anderen Pferch 8 Schafe gestohlen. Von den Tätern fehlt jede Spur. In der Nacht vorher waren Nagel 2 Hämmel gestohlen worden.

Tuttlingen, 28. Nov. (Schöner Gemeinsinn.) Auch dieses Jahr werden die Arbeiter in der A.-G. für Feinmechanik an den kommenden Samstagen zwei Ueberstunden leisten. Der Verdienst dieser Ueberstunden kommt auf Weihnachten an die Armen zur Verteilung. Auch die Firma wird einen Zuschuß beisteuern.

Ravensburg, 27. Novbr. (Nachklang zur Vergiftungsaffäre). Der erste Fall betraf die Anklagesache gegen den ledigen 23 Jahre alten, bisher nicht vorbestraften Taglöhner Anton Kübler von Waldsee wegen versuchten Totschlags. Der Fall hing zusammen mit der großen Aufregung, die in Waldsee und Umgebung entstanden war, als durch Wurstvergiftung zu Anfang August d. J. über 70 Personen schwer erkrankten, von denen fünf starben. Dem Angeklagten war zur Last gelegt, daß er am 12. August, abends 7 Uhr, kurz nachdem seine betagte Mutter, Frau Pomolog Kübler, ebenfalls an Wurstvergiftung gestorben war, sich in heller Entrüstung und Aufregung zum Metzger und damaligen Lammwirt Rieger begeben habe, von dem die vergiftete Wurst stammte. Dort angekommen, habe er die Türe zum Wirtschaftslokal offen gefunden und den Wirt mitten im Wirtschaftslokal stehen sehen und auf diesen blindlings sechs Schüsse abgegeben. Der Wirt entfloh, die Schüsse gingen fehl. Die Geschworenen bejahten zwar die Schuldfrage unter Zubilligung mildernder Umstände, empfahlen den Angeklagten aber der Gnade der Regierung. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten, während der Staatsanwalt die gesetzliche Mindeststrafe von 1 Monat 15 Tagen beantragt hatte. Der Verurteilte ist auf freiem Fuß belassen worden.

Geboldingen, OA. Waldsee, 28. Nov. Der Gutsbesitzerssohn Konrad Klöckler wurde zwischen Leutkirch und Reichenhofen von einem Mann überfallen, dem er indessen einen kräftigen Stoß auf die Brust versetzte. Ein Spießgeselle kam dem Räuber zu Hilfe, worauf sich Klöckler wieder rasch aufs Rad schwang und so den Straßenräubern entging.

Gmünd, 28. Nov. (Eine unsaubere Schmalzgeschichte.) Im Gemeinderat wurde zur Sprache gebracht, hiesige Metzgermeister hätten von der Firma Ernst Munz ein größeres Quantum Schmalz zum Verkauf erhalten. Der Preis war diesen für 90 Pfennig das Pfund in Anrechnung gebracht, der Wiederverkaufspreis sollte 1.20 Mk. betragen. Nun seien einige Metzgermeister hergegangen und hätten unter dieses Schmalz Talg, Nierenfett usw. gemischt und zu einem Preis von 1.40 Mk. dieses „verböserte" Schmalz in den Handel gebracht, und zwar gegen wertbeständiges Geld. Hier liege große Nahrungsmittelverfälschung und Wucher vor. Der Gemeinderat gab seiner lebhaften Entrüstung Ausdruck und beauftragte die Preisprüfungsstelle, in ähnlichen und Wiederholungsfällen rücksichtslos vorzugehen und Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zu erstatten.

Ellwangen, 28. Nov. (Schutzhaft.) Ein Geschäftsmann des hiesigen Oberamtsbezirks, der sich geweigert hatte, Schmalz gegen Papiermark zu verkaufen, wurde laut Jagstzeitung, auf Antrag des Oberamts vom Wehrkreiskommando V in Stuttgart in Schutzhaft genommen und erst wieder entlassen, als er sich unterschriftlich bereit erklärt hatte, Schmalz gegen Papiermark zu verkaufen. — Ebenso wurde ein Landwirtssohn aus dem Bezirk in Schutzhaft genommen, der auf dem Wochenmarkt in Ellwangen am 24. Nov. für ein Pfund Landbutter 2.10 bezw. 2.15 Goldmark verlangt hatte. Die Butter wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.

Ellenberg O.-A. Ellwangen, 28. Nov. (Diebstahl.) Darüber, daß z. Zt. auf dem Lande alles Mögliche, z. B. auch Langholz im Wald gestohlen wird und eine große Unsicherheit herrscht, wird überall geklagt. Aber noch nicht dagewesen ist, daß die Feuerspritze eines Ortes entwendet wurde. So geschehen in der Teilgemeinde Breitenbach.

Mergentheim, 28. Nov. (Händlerpech.) Ein Händler aus Unterbalbach kaufte in Elpersheim einen Stier. Obwohl er wußte, daß es ihm verboten ist, das Tier über die Grenze nach Baden zu führen, versuchte er doch sein Glück und machte vorsichtigerweise bei Mergentheim „hintenherum". Er lief aber dem Landjäger erst recht in die Hände. Trotz heftigen Protestes wurde der Stier des Händlers beschlagnahmt. Die Staatsanwaltschaft ordnete an, daß das Tier geschlachtet und das Fleisch an sämtliche Metzger zum Verkauf gebracht wurde. Der Erlös von 302 Billionen wurde beim Amtsgericht hinterlegt.

Vermischtes.

Not im Erzgebirge. Im sächsischen Obererzgebirge herrscht bitterste Not. In den meisten Betrieben wird nicht gearbeitet, so daß die Leute ohne Verdienst sind und sich kaum das trockene Brot kaufen können. Unter Pfarrer Bitterlich und Direktor Kirbescheidt in Schlettau, Sächs. Erzgebirge, hat sich ein Hilfsausschuß gebildet, der um Gaben für die ohnedies arme Gegend bittet.

An unsere Postbezieher!

Nach einer neuesten Verfügung des Reichspostministeriums können Bestellungen bei der Post für den Monat Dezember nur bis zum 1. Dezember angenommen werden. Wegen der umständlichen Verrechnung durch den Uebergang von Papiermark auf Goldmarkrechnung werden Bestellungen nach dem 1. Dezember von den Postanstalten zurückgewiesen.

Wer daher sicher auf die Lieferung des „Enztäler" für Dezember rechnet,

dem raten wir dringend,

das Abonnement vor dem 1. Dezember zu erneuern

und etwaige Neubestellungen vor diesem Zeitpunkt bei den Postanstalten, Briefträgern unverzüglich anzubringen.

Da der Bezugspreis nach Goldmark berechnet wird, empfiehlt sich schon aus diesem Grunde raschest Bestellung.

Verlag „Der Enztäler".

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 29. Nov. (Börsenbericht.) Infolge der Versteifung am Geldmarkt und der ungewissen politischen Verhältnisse zeigte sich an der heutigen Börse eine große Materialabgabe, der keine Aufnahmelust gegenüberstand, so daß die Kurse auf der ganzen Linie, teilweise erheblich abbröckelten. Es notierten von Banken: W. Hypothekenbank minus 0,5 (2,5), W. Vereinsb. —0,7 (4,3), von Brauereien: Ravensburg —1,1 (3,9), Eßling. —1 (5), Wulle —1 (10); von Textilwerten: Unterhausen —10 (40), Kolb und Schüle —1 (27), Pfersee —10 (35), Kottern —10 (45), Kuchen —5 (25), Weilderstadt —2 (15), W. Kattun plus 30 (80), Leinen Blaubeuren —20 (60), von Maschinen- und Metallwerten: Daimler —0,6 (4,7), Feinmech. Tuttl. —3 (53), Koch —10 (30), Magirus 1,5 (5), Lauph. Werkzeug +10 (60), Masch. Eßlingen —3,5 (10,5), Hesser —0,5 (8), Weingarten —3 (32), N.S.U. —2,5 (8), W. Metall —0,5 (6); von den übrigen Werten: Bad. Anilin —3 (40), Cement Heidelberg —4,75 (20,25), Der Komm. Tag +0,3 (3,3), W. Verlag +10 (30), Kaiser Otto —4 (15), Knopf +1,5 (7,5), Knorr —5 (13), Köln-Rottw. —3 (17), Leibbr. —0,6 (3,9), Kraft Altwürtt. —3 (15), Krumm —2 (5), Neckarwerke Eßling. —2 (3,5), Salz Heilbronn —20 (100), St. Bäcker —3 (22), Stuttg. Vereinsbuchdr. +3,5 (13), Stuttg. Zucker —2,5 (13), Südd. Holz —4 (13), Union D. Verlag —1 (14), Verein. Oel —3 (25), W. Elektr. —4 (12), W. Transport plus 2 Bill. (10 Bill.), Ziegel Ludwigsb. —4 (2,5). Im Freiverkehr kam die Abschwächung besonders stark zum Ausdruck.

Rottweil, 28. Nov. (Vieh- und Schweinemarkt.) Zu-

…unsaubere Schmalzgeschichte.) …rache gebracht, hiesige Metz… …u Ernst Munz ein größeres …f erhalten. Der Preis war …nd in Anrechnung gebracht … 1.20 Mk. betragen. Nur …gegangen und hätten unter … usw. gemischt und zu einem …verböserte" Schmalz in den …egen wertbeständiges Geld …telverfälschung und Wucher …einer lebhaften Entrüstung …Preisprüfungsstelle, in ihr… …rücksichtslos vorzugehen und …aft zu erstatten.

…Schutzhaft.) Ein Geschäfts… …ks, der sich geweigert hatte, …erkaufen, wurde laut Tagb… …s vom Wehrkreiskommando …genommen und erst wieder …ttlich bereit erklärt hatte, …erkaufen. — Ebenso wurde …ik in Schutzhaft genommen, …llwangen am 24. Nov. für …v. 2.15 Goldmark verlangt … der Staatsanwaltschaft be…

…n, 28. Nov. (Diebstahl) …lande alles Mögliche, z. B. …n wird und eine große An… …rklagt. Aber noch nicht da… …he eines Ortes entwendet …ilgemeinde Breitenbach.

…(Händlerpech.) Ein Händler …ersheim einen Stier. Ob… …oten ist, das Tier über die …ersuchte er doch sein Glück …Mergentheim „hintenherum", … recht in die Hände. Trotz …ier des Händlers beschlag… … ordnete an, daß das Tier …ämtliche Metzger zum Ver… …t von 302 Billionen wurde

…ztes.

…ischen Obererzgebirge berichtet …rieben wird nicht gearbeitet, …nd und sich kaum das trockene …erer Bitterlich und Direktor …rzgebirge, hat sich ein Hilfs… …ür die ohnedies arme Gegend

…ostbezieher!

…er neuesten Verfügung des …inisteriums können Bestel… … der Post für den Monat …ur bis zum 1. Dezember …n werden. Wegen der …en Verrechnung durch den …von Papiermark auf Gold… …g werden Bestellungen … Dezember von den Post… …rückgewiesen.

…erung des „Enztäler" für …echnet,

… Dezember zu erneuern …vor diesem Zeitpunkt bei … unverzüglich anzubringen. …ach Goldmark berechnet … aus diesem Grunde

… Der Enztäler".

…Verkehr.

…esenbericht.) Infolge der … der ungewissen politischen …eutigen Börse eine große …ahmelust gegenüberstand, … …Linie, teilweise erheblich ab… …anken: W. Hypothekenbank … -0,7 (4,3), von Brauereien … —1 (5), Wulle —1 (10) … -10 (40), Kolb und Schüle …otter —10 (45). Kuchen… …, W. Kattun plus 30 (80) …en Maschinen- und Metall… …Feinmech. Tuttl. —3 (52), …), Lauph. Werkzeug +10 …(10,5), Hesser —0,5 (8) …-2,5 (8), W. Metall —0,5 …d. Anilin —3 (40), Cement … Komm. Tag +0,3 (3,3) …tto —4 (15), Knopf +1,5 …iw. —3 (17), Leibbr. —0,6 … Kramm —2 (5), Neckar… …Heilbronn —20 (100), St… …buchdr. +3,5 (13), Stuttg… … —4 (13), Union D. Verlag … W. Elektr. —4 (12), W… …), Ziegel Ludwigsb. —4 …e Abschwächung besonders

… und Schweinemarkt.) Zu…

…et waren 93 Pferde, 80 Ochsen, 130 Kühe, 314 Rinder, …arren und 6 Ziegen. Käufe wurden wenig abgeschlossen. …zahlt wurden in Goldmark Ochsen pro Paar 2—3000 M, …linge pro Paar 8—1200, Kühe 5—800, Kalbinnen …800, Jungvieh 150—350 M pro Stück. — Dem …weinemarkt waren 297 Milchschweine zugeführt. Preis … Paar in Goldmark 20—30 M. Der Handel war … der Absatz gering.

Vom Geldmarkt.

Dollar in Berlin 4189,5 Ma. G., 4210,5 Ma. B.
Mittelkurs . . . . 4200 Ma. Mk. (4200 Ma. Mk.)
Goldmark nach Berliner Mittelkurs
1000 Ma. (1000 Ma.) Papiermark.
Goldmark nach Berliner Briefkurs
1002,5 Ma. (1002,5 Ma.) Papiermark.

Devisen-Kurse.
Berliner Börse.

…Zahlung nach	am 27. November Geld	am 27. November Brief	am 28. November Geld	am 28. November Brief	Die Goldparität beträgt
… 1 Fl.	1596	1604	1596	1604	1,69
… 1 Fr.	195,51	196,49	195,51	196,49	0,81
… 1 K.	622,44	625,56	622,44	625,56	1,18
… 1 K.	748,125	751,875	748,125	751,875	1,18
… 1 K.	1101,24	1106,76	1101,24	1106,76	1,138
… 1 F.M.	107,73	108,27	107,73	108,27	0,81
… 1 Lr.	181,545	182,455	181,545	182,455	0,81
… 1 L.	18354	18446	18354	18446	20,4
… 1 D.	4189,5	4210,5	4189,5	4210,5	4,19
… 1 Fr.	227,43	228,57	227,43	228,57	0,81
… 1 Fr.	730,17	733,83	734,160	737,840	0,81
… 1 M.	542,64	545,36	547,64	545,36	0,816
… 1 Kr.	59,85	60,15	59,85	60,15	0,85
… 1 Kr.	121,695	122,305	121,695	122,305	0,85
… 1 Kr.	219,45	220,55	219,45	220,55	0,85
… 1 P.	1296,75	1303,25	1296,75	1303,25	1,78
… 1 L.	32,718	32,882	33,116	33,284	0,85
… 1 P.	1995	2005	1995	2005	2,09
… 1 M.	859,1	860,9	859,1	860,9	2,29
… 1 T.M.	—	—	—	—	—
… 1 L.	—	—	—	—	0,80
… 1 D.	47,481	47,719	47,481	47,719	0,80
… 1 K.	155,61	156,39	155,61	156,39	—

…Notierungen verstehen sich in Milliarden, bei D.-Oesterreich und Budapest in Millionen.

Neueste Nachrichten.

München, 28. Nov. Die Bayerische Staatsregierung …achte im Landtag eine Vorlage ein, worin um die Er…ächtigung ersucht wird, zur Sicherstellung der Ernährung, …ie zur Förderung der Notstandsmaßnahmen produktiver …Anleihen bis zum Betrage von 10 Millionen Goldmark …unehmen oder bis zu diesem Betrag Bürgschaft zu leisten.

Frankfurt a. M., 29. Novbr. Ein Drogist, der sich …erte, einem Kunden Petroleum gegen Papiermark abzu… mit der Begründung, er bekomme Ware nur gegen …beständiges Geld wieder, wurde zu 6 Monaten Gefäng… und 10 Billionen Mark Geldstrafe verurteilt. Das Ge… begründete das Urteil damit, daß es eine abschreckende …kung haben solle.

Köln, 29. Nov. Wie die „Kölnische Volkszeitung" von … unterrichteter Seite erfährt, ist die Regierung Matthes …zt worden. An ihre Stelle hat sich ein Diktator namens … Erz gesetzt. Matthes soll nach Düsseldorf geflüchtet …

Leipzig, 28. Nov. Der Verband der Aerzte Deutsch… hat den Krankenkassen für seine Mitglieder zum 1. … gekündigt. Die Aerzte begründen die Kündigung da…, daß das im Rahmen des Ermächtigungsgesetzes er…ene Notgesetz gegen die Aerzte nicht bis zum 1. Dezem… zurückgezogen werden wird.

Braunschweig, 28. Nov. Eine maskierte Bande von … bis zehn Mann, mit Revolvern und Handgranaten …er bewaffnet, drang in die Kontorräume der Mühle von …ingen ein, in denen sich noch neun Herren der Aktien…ellschaft befanden. Sie raubten aus einem offenstehenden …schrank einen großen Geldbetrag. Zwei andere Geld…änke konnten von ihnen nicht geöffnet werden. Die …ber entkamen im Dunkel der Nacht.

Berlin, 29. Nov. Der „Vorwärts" meldet aus Dres…, das Wehrkreiskommando 4 habe mehrere älterer Unter…iere und Offiziere die sich schwere Angriffe gegen die …ische Bevölkerung hätten zu Schulden kommen lassen, aus … Heere entfernt.

Berlin, 28. Nov. Der Verkauf von Rentenmark mußte … aus technischen Gründen unterbrochen werden. Wie … Blätter mitteilen werden, konnte das Personal, das die …wicklung der Verkäufe zu bewirken hat, mit seinen Ar… dem Andrang des Publikums nicht folgen. Mit irgend…hen Vorgängen auf dem Devisenmarkt hat diese Maß… entgegen den verschiedenen Gerüchten nichts zu tun.

Stolberg, 29. Nov. Beim Schlittschuhlaufen auf dem …hüttenweiher brachen 15 Personen ein, von denen 6 …anken.

London, 29. Novbr. Gestern abend stürzte auf der … Londoner Untergrundbahn die Decke ein. Die Erd…en begruben einen Zug unter sich. Passagiere erlitten … keine Verletzungen. Nach dem Einsturz ereignete sich … Rohrbruchs eine Gasexplosion, durch welche ein Teil … Straße in die Luft geschleudert wurde und eine Eisen…ücke, über die gerade ein Zug fuhr, in Brand geriet.

Arbeitslosenkundgebungen.

Stuttgart, 28. Nov. Von zuständiger Seite wird mitge…: Am Mittwoch nachmittag fand im Stuttgarter Gewerk…haus eine Versammlung von Erwerbslosen statt, in der … Redner in maßlos hetzerischen Aeußerungen ergingen … für eine Demonstration auf dem Marktplatz agitierten. Im …luß an diese Versammlung bildete sich vor dem Rathaus … Ansammlung von etwa 800—1200 Personen. Durch das …reiten der Polizei konnte diese verbotene Ansammlung ohne …gebrauch bald zerstreut werden. Das Gleiche war der … bei späteren, kleineren Ansammlungen auf dem Wilhelmsplatz, dem Marienplatz und in der Karlsvorstadt. Einige Festnahmen sind erfolgt.

Neue Milchpreisverhandlungen.

Am 27. November traten die Spitzenverbände der Landwirtschaft und der Städte zu erneuten Verhandlungen zusammen, um sich über den Milchpreis ab 1. Dezember und über die Auszahlungsbedingungen schlüssig zu werden. Die Vertreter der Landwirtschaft forderten in Anbetracht der Tatsache, daß Baden und Bayern den Frischmilchgrundpreis bereits seit längerer Zeit auf 16 Pfennige festgesetzt haben und auch im Hinweis auf die leider für sämtliche landwirtschaftliche Erzeugungsmittel eingetretene Uebersteuerung ebenfalls einen Grundpreis von 16 Goldpfennigen bei Bezahlung des ganzen Milchgeldes in Form von wertbeständigen Zahlungsmitteln. Da die Vertreter der Städte auf die Forderung nicht glauben eingehen zu können, wurde für Mittwoch, den 28. November, eine neue Verhandlung anberaumt, die ebenfalls wieder zu keinem Ergebnis führte. Die Angelegenheit wurde dem Schiedsgericht unterbreitet, das unmittelbar an die Preisverhandlungen sich anschloß. Auf Grund des Schiedsspruches beträgt der Frischmilchpreis frei Sammelstelle ab 1. Dezember 15½ Goldpfennige für 1 Liter Milch, und zwar vorerst einmal für die Dauer bis Mitte Dezember. Eine Erhöhung des Grundpreises vor diesem Termin kann nur dann vorgenommen werden, wenn die Preisbewegung in Baden und Bayern für Württemberg die Gefahr erstehen läßt, daß infolge eines allzu niedrigen württembergischen Milchpreises Milch abwandert. Die Auszahlung des Milchgeldes hat in Form von wertbeständigen Zahlungsmitteln und zwar mindestens 14tägig zu geschehen. Dabei sollen solche Erzeuger, die dies beantragen, Abschlagszahlungen ebenfalls in wertbeständiger Form von den Städten erhalten.

Auflösung des Sonderbündler-Kabinetts.

Koblenz, 28. Nov. Wie die „Düsseldorfer Nachrichten" erfahren, hat die vorläufige Regierung der Rheinischen Republik in einem heute an den Oberkommissar Tirard gerichteten Schreiben ihre Auflösung erklärt. Der Generalbevollmächtigte teilte dem Vorsitzenden der Rheinlandkommission mit, daß in den letzten Tagen bereits drei Mitglieder des Kabinetts ausgeschieden seien, nachdem es sich schon etwa 14 Tage vorher in zwei Teile gespalten hatte, von denen jeder für sich Kabinettsbeschlüsse faßte. Aus der sogenannten, inzwischen durch das Kabinett aufgelösten Obersten Heeresleitung habe sich eine Militärdiktatur herausgebildet, bei der ein Sekretär namens Rosenbaum die Hauptrolle spielte. — Bezeichnend ist das offene Geständnis am Schlusse des Schreibens, für die Auflösung sei der Umstand mitbestimmend gewesen, daß die vorläufige Regierung zum Teil aus unfähigen und unehrlichen Menschen zusammengesetzt gewesen sei.

Eine bedeutsame Entscheidung.

Leipzig, 28. Nov. Der 5. Zivilsenat des Reichsgerichts hat in einem heute verkündeten Urteil den Grundsatz der Aufwertung der Hypotheken anerkannt und den Hypothekengläubigern die Befugnis zugesprochen, die Aufhebung von Hypotheken zu verweigern, wenn die Rückzahlung nur in Papiermark erfolgen soll. In der Urteilsbegründung wird festgestellt, daß der Grundsatz: „Mark bleibt Mark" nicht unbedingt aufrecht erhalten werden könne. In der Aufwertungsfrage müsse jedoch auch auf die wirtschaftlichen Umstände der Jetztzeit Rücksicht genommen werden. Es müsse unter allen Umständen die wirtschaftliche Lage des Schuldners und müssen die Lasten öffentlicher Art, die dem Grundbesitz auferlegt sind, berücksichtigt werden. Auch müsse berücksichtigt werden, ob es sich um ein Grundstück, um industriellen, landwirtschaftlichen oder Hausbesitz handelt. Die Bestimmungen des deutschen Währungsgesetzes stünden der Aufwertung der Hypotheken nicht entgegen.

Eine Warnung des deutschen Bankgewerbes.

Berlin, 28. Nov. Die Währungskommission des Zentralverbands des deutschen Bankgewerbes hat sich erneut veranlaßt gesehen, den maßgebenden Stellen gegenüber aufs eindringlichste zu betonen, daß unter allen Umständen die Umwandlung von Notgeld in Reichsbanknoten unmöglich gemacht werden muß, da sonst der Mißbrauch der Reichsbank zu Zwecken inflationistischer Geldschöpfung kein Ende finde und demnach auch der Vorschlag des Umtausches von Papiergeldnoten der Reichsbank gegen Goldzertifikate des Reiches, an welchem die Kommission festhält, nicht durchführbar sein würde. Die Kommission fordert deshalb, daß die Reichsbank unter keinen Umständen noch weiterhin Notgeld irgendwelcher Art, gleichviel ob wertbeständig oder nichtwertbeständig, zur Gutschrift auf Girokonto annehme.

Die Arbeitszeit.

Berlin, 28. Nov. Nachdem die Gültigkeit der Demobilmachungsverordnungen über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter und über die Arbeitszeit der Angestellten mit dem 17. November 23 abgelaufen ist, gelten zur Zeit wieder die Beschäftigungsbeschränkungen der Gewerbeordnung. Die Beschränkungen der Verordnung über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien vom 23. November 1918 und die des Gesetzes über die Arbeitszeit im Bergbau unter Tage vom 17. Juli 1922 sind unberührt geblieben. Selbstverständlich bestehen auch die durch Tarif- oder Arbeitsvertrag geschaffenen Bedingungen trotz des Fortfalles der gesetzlichen Bestimmungen weiter.

Gegen die hochangesetzten Goldpreise.

Berlin, 28. Nov. Der Unterausschuß des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung hat einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Die vielfach zu hoch angesetzten Goldpreise müssen schleunigst abgebaut werden, da andernfalls die Konkurrenz mit dem Auslande auch zukünftig unmöglich ist. Der innere Markt ist ebenfalls nicht genügend aufnahmefähig, da der früher rentenbeziehende Mittelstand enteignet ist und die breiten Schichten der Bevölkerung bei den hohen Goldpreisen noch nicht kaufkräftig genug sind. Mit der Verteilung der Goldzahlungsmittel, die beschleunigt werden muß, und mit der Beseitigung des künstlich zu niedrig gehaltenen Einheitskurses muß einhergehen der sofortige Abbau der Risikoprämien und zu hoher Grundpreise.

Aufhebung der Betriebssteuer. — Abgeltung der Steuerschuld für 1923.

Berlin, 28. Nov. Der finanzpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats beriet gestern einen vom Reichsfinanzminister zur Begutachtung überwiesenen Entwurf einer Steuernotverordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung. Der Entwurf lehnt sich in seinen Bestimmungen über die Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Umsatzsteuer und Kapitalverkehrssteuer im allgemeinen an diejenigen des Entwurfs eines Gesetzes über die wertbeständigen Steuern und Vereinfachung des Steuerverfahrens an. **Aufgehoben wird ferner am 1. Januar 1924 das Gesetz über die Besteuerung der Betriebe vom 11. August 1923.** Ein Vertreter des Reichsfinanzministers erklärte, man sei bei der Aufstellung des Entwurfs davon ausgegangen, daß im Laufe des Dezember die Währung stabilisiert sei und am 1. Januar eine Goldmarkrechnung durchgeführt werden könne. Erforderlich sei eine schleunigste Verkündigung der Verordnung, damit noch für Dezember mit dem Eingang von Einnahmen, namentlich aus der Umsatzsteuer und aus der Rhein- und Ruhrabgabe, gerechnet werden könne. Weiter führte der Redner aus: Da die Durchführung der bisherigen Vorschriften an der Unmöglichkeit gescheitert ist, das Einkommen des Jahres 1923 zuverlässig zu ermitteln, schlägt der Entwurf vor, **von der Veranlagung des Einkommens im Jahre 1923 sowohl für die Einkommens- als auch für die Körperschaftssteuer ganz abzusehen und erst wieder das Einkommen des Jahres 1924 im Jahre 1925 zu veranlagen.** Es wird vorgeschlagen, die Einkommensteuerschuld 1923 mit den für 1923 zu leistenden Vorauszahlungen als abgegolten anzusehen, nachdem am 15. Dezember 1923 noch eine Vorauszahlung anstelle derjenigen am 5. Januar 1924 für 1923 erhoben worden ist, und zwar für je 1000 Mark Jahressteuerschuld 25 Goldpfennig. Die dritte Rate der Rhein- und Ruhrabgabe, die an sich am 5. Januar 1924 fällig ist, soll zur Hälfte bereits am 15. Dezember in Höhe der doppelten an diesem Tage fälligen letzten Einkommensteuervorauszahlung entrichtet werden. Neben der Abgeltung der Steuerschuld für 1923 ist der zweite wichtige Punkt noch **die Bemessung der für 1924 auf das Einkommen des Jahres 1924 zu leistenden Vorauszahlungen.** Für die verschiedenen, in dem Entwurf in fünf Gruppen eingeteilten Einkommensarten werden daher verschiedene Vorauszahlungsmaßstäbe vorgeschlagen. Gleichzeitig mit der Entrichtung des Vorauszahlungsbetrages ist eine kurze Voranmeldung über die Einnahmen und Ausgaben einzureichen. Die Einnahmen, die Ausgaben und der Verbrauch sind in Goldmark zu berechnen. Vorauszahlungsbeträge bis zu 5 Mark bei der Landwirtschaft und im übrigen bis zu 10 Mark sollen nicht erhoben werden. Zum Schluß streift der Regierungsvertreter noch die beabsichtigte **Mietzinssteuer, die von dem Grundsatz ausgeht, anstelle der ausgefallenen Hypothekengläubiger die öffentliche Hand zu setzen.** Hierüber seien jedoch die Beratungen noch im Gange. An die Ausführungen des Regierungsvertreters schloß sich eine kurze Generalaussprache. Der Ausschuß überwies die weitere Beratung des Entwurfs über die Aenderung des Finanzausgleichsgesetzes einem besonderen Arbeitsausschuß. Die beiden Ausschüsse sollen noch diese Woche ihre Arbeiten erledigen.

Stegerwald beim Reichspräsidenten.

Berlin, 28. Nov. Der Reichspräsident besprach heute morgen mit dem Reichstagsabgeordneten und früheren preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald die Frage der Uebernahme der Regierungsbildung. Der Abgeordnete Stegerwald hat sich seine endgültige Entschließung noch vorbehalten.

Berlin, 28. Nov. Nach dem günstigen Verlauf der Verhandlungen zwischen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei am gestrigen Abend hat Herr Stegerwald unter Vorbehalt die Bildung des neuen Kabinetts übernommen. Es scheint, daß er die Demokraten in das Kabinett einzubeziehen wünscht. Ueber die Ereignisse am gestrigen Abend sind in einem Teil der Presse falsche Darstellungen, die die Deutschnationale Volkspartei veranlaßt haben, heute festzustellen, daß Forderungen der Deutschnationalen Volkspartei überhaupt nicht unterbreitet worden sind. Erklärungen darüber sind von ihr weder verlangt, noch abgegeben worden. Man habe sich vorher auch über gewisse sachliche Fragen ausgesprochen, und dabei festgestellt daß wesentliche, ein Zusammengehen behindernde Meinungsverschiedenheiten nicht beständen. Die einzige Erklärung, die von der deutschnationalen Fraktion nach ihrer gestrigen Abendsitzung den anderen Parteien überreicht worden sei, habe folgenden Wortlaut gehabt: Die Deutschnationale Volkspartei ist bereit, in ein bürgerliches Koalitionskabinett einzutreten, wenn 1. die Deutschnationalen in diesem Kabinett durch den Vizekanzler und, diesen eingeschlossen, in einer ihrer Stärke entsprechenden Weise vertreten sind, 2. wenn ausreichende Sicherheit dafür gegeben wird, daß anstelle der großen Koalition in Preußen eine bürgerliche Koalition einschließlich der Deutschnationalen herbeigeführt wird, bei der die letztere in einer ihrer Bedeutung entsprechenden Weise vertreten sind.

Schlechte Aussichten für Stegerwald.

Berlin, 28. Nov. Die deutschdemokratische Reichstagsfraktion hat gegen die neunte Abendstunde folgenden Beschluß gefaßt: „Nachdem gegen den Wunsch der Deutschen demokratischen Fraktion von den Deutschnationalen die Frage der Regierungsbildung im Reich mit der Frage der preußischen Regierungsbildung verknüpft und dadurch eine neue Verzögerung und Beunruhigung geschaffen ist, lehnt die Fraktion die weiteren Verhandlungen zwischen den Fraktionen ab und will sich an der Bildung einer Regierung nur auf verfassungsmäßig vorgesehenem Wege, also auf dem Wege der Verhandlungen mit einer vom Reichspräsidenten zum Reichskanzler ausersehenen Persönlichkeit beteiligen." In der demokratischen Fraktionssitzung ist dann noch festgestellt worden, daß wegen Uebernahme des Außenministeriums durch Dr. Stresemann von keiner Seite, auch nicht von den Deutschnationalen, Widerspruch erhoben wurde. In der Preußenfrage war die Fraktion der Ansicht, daß kein Anlaß vorläge, die Koalition, die sich durch eineinhalb Jahre bewährt habe, zu sprengen. Falls in Preußen nach diesem Beschluß der Demokraten überhaupt noch Verhandlungen eingeleitet werden sollten, wird man im Laufe des Donnerstag vormittag sie führen.

Berlin, 29. Nov. Nach Ansicht des „Berliner Tageblatts", der „Vossischen Zeitung" und des „Vorwärts" sind nach den Erklärungen der deutschnationalen und der demokratischen Reichstagsfraktion über ihre Stellung zur Frage der Regierungskoalition in Preußen die Verhandlungen der Parteien über die Bildung eines Bürgerblocks im Reich als gescheitert zu betrachten. Auch die Kanzlerkandidatur Stegerwalds ist damit nach Meinung der genannten Blätter erledigt. Im Gegensatz hierzu steht die Auffassung des „Berliner Lokalanzeiger". Das Blatt teilt mit: „Nach Abschluß der gestrigen Fraktionsberatungen im Reichstag begab sich Stegerwald in den Abendstunden zum Reichspräsidenten zu einer Unterredung über den Stand der Dinge in der Kabinettsfrage. Ausdrücklich wird von unterrichteter Seite festgestellt, daß Stegerwald in dieser Besprechung nicht erklärt hat, er könne den Auftrag zur Kabinettsbildung, den er ja formell noch gar nicht übernommen hat, infolge der neuen Lage nicht ausführen." — Dem „Vorwärts" zufolge denkt man jetzt an eine Regierung der Arbeitsgemeinschaft der Mitte, die von der Sozialdemokratie geduldet werden soll.

Weitere Vereinbarungen mit Industriellen.

Paris, 28. Nov. Nach einer Havasmeldung aus Koblenz sind im Rahmen des allgemeinen Abkommens vom 21. November Sonderabmachungen mit folgenden Firmen getroffen worden: Thyssen, Gute Hoffnungshütte, Mannesmann, Fischer-Lippe, Konstantin der Große, Harpener und Heinrich Ueberruhr. Die Verhandlungen mit den Braunkohlensyndikaten werden fortgesetzt. Hinsichtlich der Reparationslieferungen und der Kohlensteuer ist mit den Syndikaten eine Verständigung erzielt worden.

Köln, 29. Nov. Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Düsseldorf: Seit vorgestern werden Verhandlungen zwischen dem Mannesmann-Konzern und der Micum über den Abschluß eines Vertrages im Rahmen des geschlossenen Hauptabkommens ge-

Visitenkarten
liefert rasch und billig
die **C. Meeh'sche Buchdruckerei.**

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

führt. Die Verhandlungen beziehen sich nicht nur auf die Kölner Wirtschaft, sondern auch auf alle dem Konzern angeschlossenen Hütten und Industrien. Inzwischen wurde von der Micum die Genehmigung erteilt, mit sofortiger Wirkung täglich 2500—3000 Tonnen Kohlen, also 3 Züge, nach Holland abrollen zu lassen. Die Zulassung dieser Lieferung bedeutet die Wiederingangsetzung von etwa 8 Schachtanlagen.

Französische Angriffe gegen die englische Kontrollkommission.

Paris, 28. Nov. Der „Matin" teilt mit, daß General Bingham, der Vertreter Großbritanniens in der Militärkontrollkommission in Berlin, die Instruktionen erhalten habe, die nach seiner Ansicht auf die Beseitigung der Militärkontrolle hinauslaufen. Er habe den Befehl erhalten, Einwendungen gegen jede Enquete und jede Untersuchung zu erheben, die geeignet sei, Zwischenfälle hervorzurufen. General Bingham gehe sogar soweit, zu erklären, daß die Hauptaufgabe der Militärkontrolle beendet sei, weil sie den Auftrag hatte, nach dem Waffenstillstand die in Deutschland vorhandenen Kriegsmaterialien zu zerstören. Was aber das Kriegsmaterial anbelange, das jetzt in Deutschland hergestellt werde, so stehe es nach dem Versailler Vertrag allein dem Völkerbund zu, sich damit zu befassen. Unter diesen Umständen, so erklärt das Blatt, würde das mit der Botschafterkonferenz getroffene Abkommen der Alliierten illusorisch sein.

Zum 25. Jahrestag der Entdeckung des Radiums.

Der französische Unterrichtsminister hat einen Gesetzentwurf in der Kammer eingebracht, nach dem Frau Professor Curie zum 25. Jahrestage der Entdeckung des Radiums als Belohnung Frankreichs ein Beitrag von 40 000 Franken gewährt werden soll. Frau Curie ist geborene Polin, und ist als Marie Slodowska am 7. November 1867 in Warschau geboren. Sie hat die radioaktiven Elemente, Radium und Polonium, mit ihrem inzwischen verstorbenen Gatten gemeinsam studiert. Das Ehepaar erhielt dafür gemeinsam mit Herrn Becquerel den Nobelpreis für Chemie. Ihre „Untersuchungen über die radioaktiven Substanzen" erschienen 1904 in deutscher Sprache.

Vereinfachung der Begutachtung im Rentenverfahren.

I. Zur Geschäftsvereinfachung und Kostenersparnis ist entsprechend einem Vorschlag der Landesversicherungsanstalt Württemberg in Ausführung des § 1613 RVO. in der Fassung der Verordnung vom 30. Oktober 1923 (RGBl. S. 1057) von Seiten der Ortsbehörden bei Rentenanträgen aus der **Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung** folgendes Verfahren einzuhalten:

Soweit nicht vom Antragsteller die Vorlage seines Antrags an das Versicherungsamt ausdrücklich verlangt wird, sind künftig alle Rentenanträge von der das Protokoll aufnehmenden Ortsbehörde für die Arbeiterversicherung nach genügender Klärung der rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse **unmittelbar an die Landesversicherungsanstalt in Stuttgart** vorzulegen.

Die z. Zt. laufenden Rentenanträge, d. h. diejenigen Anträge, die bereits einmal an das Versicherungsamt vorgelegt, aber mit besonderem Auftrag an die Ortsbehörde zurückgegeben worden sind, werden nach dem seitherigen Verfahren weiterbehandelt.

II. Die im „Enztäler" Nr. 255 veröffentlichte Bekanntmachung vom 29. Oktober 1923 über die Einschränkung der ärztlichen Begutachtung hat durch vorstehende Anordnung **keine** Aenderung erfahren.

Neuenbürg, den 28. November 1923.

Versicherungsamt:
Amtmann Heckel.

Gesangbücher

in reicher Auswahl

empfiehlt die

C. Meeh'sche Buchhandlung, Neuenbürg.

Von heute ab errichten wir

Rentenmark-Konten

für den **Spar- und Giroverkehr.**

Bareinzahlungen und Ueberweisungen auf diese Konten sind zunächst nur in wertbeständigen Zahlungsmitteln (Rentenmark, Goldanleihe, Industriegoldmark usw.) möglich.

An **Jahreszinsen** vergüten wir bis auf weiteres
im Sparverkehr 5 Prozent,
im Giroverkehr 4 Prozent.

Neuenbürg, den 26. November 1923.

Oberamtssparkasse.

Gemeinde Arnbach.

Stammholz Verkauf.

Die Gemeinde verkauft im öffentlichen Aufstreich aus Abt. 21 Taubenbrunnen, am

Montag, den 3. Dezember,
vormittags 11 Uhr,

90 Fm. Tannenstammholz 1. bis 4. Klasse.

Abfuhr sehr günstig. Liebhaber sind eingeladen.

Den 27. November 1923.

Gemeinderat.

Tuberkulösen-Fürsorgestelle.

Die **nächste Sprechstunde** findet Samstag, den **1. Dezember**, von 3—½5 Uhr, in der **Volksheilstätte Charlottenhöhe bei Calmbach** statt. Die Untersuchungen werden nur auf Grund ärztlicher oder behördlicher Ueberweisung durchgeführt.

Achtung!

Trotz der hohen Teuerung

bin ich noch in der Lage, zu folgenden billigen Preisen zu verkaufen:

Hemden-Flanell, 1,20 Goldmark, **Bett-Kattun** 1,20 Goldmark, **Bett-Damast**, Ausnahmepreis 1,58 Goldmark, **Arbeiterhemden**, von 3,50 an, **Kleiderstoffe jeder Art**, von 1,30 an, **Strümpfe, Socken, Sweaters, Shals etc.**

Bei Anzahlung wird die Ware bis acht Tage zurückgelegt.

Samuel Rosdzial, Pforzheim
Oestliche 23.

Schuhhaus Hertz

Pforzheim, Oestliche 23.

Achtung! Ausnahme-Angebot! Achtung!

Arbeiter-Rindleder-Stiefel
von Goldmark 10.— an,

Damen-, Herren- und Kinder-Stiefel
vom einfachsten bis zum feinsten Schuh.

Die neuen Postgebühren vom 26. November 1923 an.

	Inland	Milliarden M	Ausland	Milliarden M
Briefe:	**Ortsverkehr:**		**Ausland:**	
	bis 20 gr	40	bis 20 gr	320
	über 20—100 gr	48	für jede weit. 20 gr	160
	„ 100—250 gr	80	(Meistgewicht 2 kg)	
	„ 250—500 gr	96		
	Fernverkehr (einschließlich Saargeb., Danzig, Memelgebiet, Oestreich, Luxemburg)		jedoch nach Ungarn u. Tschechoslowakei bis 20 gr	240
	bis 20 gr	80		
	über 20—100 gr	112	für jede weit. 20 gr	160
	„ 100—250 gr	128		
	„ 250—500 gr	144		
Einschr.-Briefe:	außer dem gew. Briefporto **Einschreibgebühr**	80	**Ausland:** auß. d. gew. Briefp. Einschreibgebühr	80
			Rückscheingebühr	80
Postauftr.: Nachn.Br.	Vorzeigegebühr	40	**Ausland:**	
	Einziehungsgebühr 1 vom angef. Tausend, Mindestbetr. 1 Mill. M. Aufrundung auf volle Mill. M		für Briefsendungen (vom Absender zu entrichten	64
Eil-Briefe	sind bei Vorauszahlg. zu entricht.: auß. d. gew. Briefport. **Eilbestellgebühr:**		**Ausland:**	
	Ortsbestellbezirk	160	auß. d. gew. Briefp. Eilbestellgebühr	640
	Landbestellbezirk	480		
Wertsend. (Wertbriefe, Pakete):	Die Gebühr f. eine gleichart. eingeschriebene Sendung (bei **unversiegelten** Wertpaketen wird die Einschreibgebühr aber **nicht** erhob.) und die Versicherungsgebühr, die beträgt b. Wertbr. u. **versieg.** Wertpak.: für je 1 Milliarde M der Wertangabe oder einen Teil von 1 Milliarde M 20 Mill. M, bei **unversiegeltem** Wertpak., zugelassen bis 50 Milliarden, 10 Mill. M		**Ausland:** Gewichtgeb. f. Wertkästchen f. je 50 gr	128
			mindestens	640
			dazu Einschreibgeb.	80
			Versicherungsgebühr für Wertbriefe und Wertkästchen für je 24000 Milliarden	40
Postkart.:	Ortsverkehr	16	**Ausland:**	192
	Fernverkehr	40	jedoch nach Ungarn u. Tschecho-Slowakei	144
Drucksach.	bis 25 gr	16	**Ausland:** für je 50 gr	64
	über 25— 50 gr	32	für Blindenschriftsendungen für je 500 gr	32
	„ 50— 100 gr	48	Meistgewicht 3 kg.	
	„ 100— 250 gr	80		
	„ 250— 500 gr	96		
	„ 500—1000 gr	120		
	„ 1—2 kg (nur für einzeln versandte, ungeteilte Druckbände zulässig)	144		
Geschäftspapiere und Mischsend.:	bis 250 gr	80	**Ausland:**	
	über 250—500 gr	96	für je 50 gr	64
	über 500—1000 gr (Meistgewicht 1 kg)	120	mindestens	320
Warenproben	bis 100 gr	48	**Ausland:** für je 50 gr	64
	über 100—250 gr	80	mindestens	128
	„ 250—500 gr	96		

(Nicht freigemachte Drucksachen, Geschäftspapiere u. Warenproben werden nicht befördert. Für unzureichend freigem. Sendungen dieser Arten wird das 1½fache des Fehlbetrags unter Aufrundung auf volle Millionen Mark nacherhoben.)

			Milliarden M
Postanweisungen: (Meistbetr. für gewöhnl. u. telegraph. Postanweisungen unbeschränkt.)		bis 25 Bill.	100
	25 bis	50 „	200
	50 „	100 „	300
	100 „	250 „	500
	250 „	500 „	1000
	500 „	750 „	1500
	750 „	1000 „	2000
	f. j. weitere	250 „	400
Ausland:		bis 4000 Milliarden	40
	über 4000—8000	„	80
	jede weit. 8000	„	40
Für bar eingezahlte Zahlkarten:	bis	25 Bill.	50
	25 bis	50 „	100
	50 „	100 „	150
	100 „	250 „	250
	250 „	500 „	500
	500 „	750 „	750
	750 „	1000 „	1000
	f. j. weitere	250 „	200

Vom 15. November an: alles in Mark

Telegramme:	Ortsverkehr	Fernverkehr
Wortgebühr	0.05	0.10
f. Zustell. b. ungenüg. Anschr.		0.30
f. Vorausbez. d. Eilbest. (XP)		0.60

Päckchen: (Einschreiben unzulässig) Meistgewicht 1 Kg., ohne Zonen-Unterschied . . . 160, unzulässig nach dem Saargebiet und dem gesamten Ausland

Pakete:	1. Zone bis 75 km. M	2. Zone über 75 bis 375 km. M	3. Zone über 375 km. M
bis 3 Kilo	200	400	400
über 3—5 „	280	560	560
„ 5—6 „	320	640	960
„ 6—7 „	360	720	1080
„ 7—8 „	400	800	1200
„ 8—9 „	440	880	1320
„ 9—10 „	480	960	1440
„ 10—11 „	560	1120	1680
„ 11—12 „	640	1280	1920
„ 12—13 „	720	1440	2160
„ 13—14 „	800	1600	2400
„ 14—15 „	880	1760	2640
„ 15—16 „	960	1920	2880
„ 16—17 „	1040	2080	3120
„ 17—18 „	1120	2240	3360
„ 18—19 „	1200	2400	3600
„ 19—20 „	1280	2560	3840
	alles in Milliard.	alles in Milliard.	alles in Milliard.
Zeitungspakete: bis 5 Kilo	1360	2720	2720

Eil-Pakete: Außer dem gewöhnlichen Porto: Eilbestellgebühr: Ortsbestellbezirk . . 240 M, Landbestellbezirk . . 640 M

Die **Zuschlaggebühr** für jede **postlagernde Sendung** beträgt 4 Mill. M

Nachnahmepakete ins Ausland: 40 Milliarden M für je 4000 Milliarden des Nachnahmebetrags.

Alle Zahlen ohne Gewähr.

Fernspr.-gebühren: Ab 5. Nov.		M
Ortsgespräch		0.10
Ferngespräch bis 5 km		0.10
„ 5—15 „		0.20
„ 15—25 „		0.30
„ 25—50 „		0.60
„ 50—100 „		0.90
Darüber für jede angefangene 100 Kilometer mehr		0.30
Auskunftsgebühr		0.10
Streichungsgebühr		0.10

(dringende Gespräche das Dreifache, Blitzgespr. das 100fache).

Für nicht- oder unzureichend freigemachte Postkarten und Briefe wird das Eineinhalbfache des Fehlbetrags, unter Aufrundung auf volle Millionen, nacherhoben.

Der „Enztäler" bringt alles Wissenswerte auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet.

Fußball-Verein Neuenbürg (E. V.)

(Verein für Ballspiele und Leichtathletik).

Freitag, den 30. November, abends 8 Uhr,

Monats-Versammlung

im Schulhaus.

Tagesordnung:
1) Weihnachtsfeier.
2) Beitragserhöhung.
3) Verschiedenes.

Der Ausschuß.

Neuenbürg.

Zu verkaufen:

1 neuer schwarzer Herren-Ueberzieher, sowie 2 Mäntel für jungen Herrn.

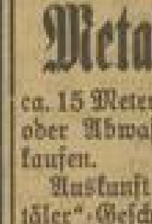
Karl Finkbeiner,
Wildbaderstr. 191, part. rechts.

Ein beinahe noch neuer

Metallschlauch,

ca. 15 Meter lang, als Garten- oder Abwaschschlauch zu verkaufen.

Auskunft erteilt die „Enztäler"-Geschäftsstelle.



Kohlenbadeöfen, Badewannen, Waschwannen, Eimer, Aluminium- u. Emaill-Kochgeschirr, Zimmeröfen etc. Räucherapparate, Waschkessel.

Ia. Qualität! Billige Preise!
Chr. J. Hartmann, Pforzheim
Bleichstr. 8, Telefon 1...

Gesucht auf 15. Dezember ein ehrliches, fleißiges, zuverlässiges

Mädchen

für Küche und Hausarbeit, welches auch melken kann (Ziegen), wertbeständiger Lohn.

Angebote an

Geschw. Kühner,
Gasthof zum „Hirsch",
Ettlingen i. Baden.